

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 164, 17. OKTOBER 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

Wirtschaftsprognosen bestimmten den Anfang der Woche. Am Dienstag hat die Bundesregierung ihre Herbstprojektion 2014 veröffentlicht: Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Wachstumsdynamik in Deutschland 2015 abschwächen wird. Ich bin stolz darauf, dass mein Wahlkreis ein Wirtschaftsmotor des Landes ist. Ich werde meine ganze Kraft dafür einsetzen, dass das auch so bleibt. Dazu hatte ich diese Woche Gelegenheit. In einem überfraktionellen Gespräch der Neckar-Anrainer-Bundestagsabgeordneten im Bundesverkehrsministerium stand der Ausbau der Neckarschleusen im Mittelpunkt. Nach derzeitigem Stand sollen die Schleusen bis Heilbronn in den Jahren von 2016 bis 2030 auf eine Länge von 140 Metern ausgebaut werden. Die Schleusen von Heilbronn bis Plochingen werden zunächst so saniert, dass Europaschiffe von bis zu 110 Metern Länge diese passieren können. Die spätere Verlängerung ist weiterhin möglich. Ich bin froh über dieses fraktionsübergreifende **Signal für den Neckar**. Nur so werden wir den steigenden Anforderungen an die Infrastruktur in unserer Region gerecht. Das gehört zur Kernarbeit für meinen Wahlkreis hier in Berlin.

Ich werde von Bürgerinnen und Bürgern immer wieder auf

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER – ICH
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

Bürgersprechstunde

*Mo, 20.10., 14:00 – 17:00 Uhr,
Heilbronn, Bürgerbüro, Untere
Neckarstraße 50, bitte vorherige
Anmeldung unter
josip.juratovic.wk@bundestag.de*

„Berlin im Dialog“

*Mo, 20.10., 19 Uhr, Heilbronn,
Volksbank Heilbronn, Abraham-
Gumbel-Saal, Allee 20*

*Anmeldung bitte über den Verein
der Freunde der IHK-
Wirtschaftsjunioren Heilbronn-
Franken e.V. per Fax unter
07131 9677-119*

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?
Mail an
[josip.juratovic@bundestag.de!](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)*

das große Gesellschaftsthema **Pflege** angesprochen. Die Zahl der Menschen, die der Pflege bedürfen, steigt kontinuierlich an: Von derzeit 2,5 Millionen auf voraussichtlich über 4 Millionen bis zum Jahr 2050. Um die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften zu verbessern, bringen wir eine umfassende Pflegereform auf den Weg. Als ersten Baustein werden wir ab dem 1. Januar 2015 Leistungen im Umfang von insgesamt 2,4 Mrd. Euro ausweiten und flexibilisieren, etwas bei der Tages- und Nachtpflege oder für neue Wohnformen. Bei der stationären Pflege sollen bis zu 45.000 zusätzliche Betreuungskräfte zum Einsatz kommen können. Viele, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sind erwerbstätig. In dieser schwierigen Lebenssituation ist mehr zeitliche Flexibilität der elementare Schlüssel, um Beruf und Pflege zu vereinbaren. Unsere Ministerin Manuela Schwesig hat einen guten Gesetzentwurf vorgelegt, der die berufstätigen pflegenden Angehörigen unterstützt. Wichtig war uns, dass Menschen auch die letzten Tage im Leben eines Angehörigen begleiten können. Wir haben erreicht, dass künftig ein Anspruch auf eine dreimonatige Sterbebegleitung besteht.

Ich verfolge – genau wie Sie und Ihr – die enormen Anforderungen unserer Kommunen durch die wachsende Zahl von **Asylbewerbern**. Es freut mich, dass unser Oberbürgermeister Harry Mergel in Heilbronn schnell Investitionen für ein neues Flüchtlingswohnheim auf den Weg bringt. Genau deswegen will die SPD im Bundestag die **Kommunen** gezielt unterstützen, um diese Herausforderung zu bewältigen. Im Koalitionsvertrag hat die SPD außerdem durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausgestattet wird, damit zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind. Diese Forderung haben wir im Haushalt 2014 umgesetzt. Wir haben 300 neue Stellen geschaffen, die im Laufe dieses Jahres besetzt sein werden. Im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes wollen wir die Kommunen und die überörtlichen Träger zusätzlich entlasten: Es soll ab dem Jahr 2015 zu Minderausgaben der Länder und Kommunen von 31 Mio. Euro, ab Jahr 2016 von 43 Mio. Euro führen. Zudem bekommen die Kommunen im Bauplanungsrecht zusätzliche Instrumente, um kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen.

Beim Thema Flüchtlinge wird einmal mehr deutlich, wie wichtig gute **Außenpolitik** ist. Nur wenn wir international rechtzeitig gemeinsam für Stabilität und Sicherheit sorgen, können wir die Gründe für Flucht nachhaltig eindämmen.

Mit freundlichen Grüßen

